

ENERGIEWENDE

Die grüne Strom-Revolution

Die Grünen wollen den Strommarkt umbauen und den Anteil erneuerbarer Energien deutlich steigern. Zudem soll die Produktion von grünem Wasserstoff unterstützt werden - und der CO₂ - Preis auf 60 Euro steigen.

Klaus Stratmann Berlin

Die Grünen planen grundlegende Veränderungen auf dem Strommarkt. Das geht aus einem Positionspapier hervor, das die Grünen-Bundestagsfraktion am Dienstag vorstellen will. Das Papier, das dem Handelsblatt vorliegt, weist den Weg zu einer Stromerzeugung, die möglichst rasch zu 100 Prozent auf erneuerbaren Energien fußen soll.

"Wer die Klimakrise bekämpfen will, muss die Energiewende zum Erfolg führen. Wir wollen den Strommarkt stärken und so den Ausbau von erneuerbaren Energien weiter vorantreiben", sagte Ingrid Nestle, Sprecherin für Energiewirtschaft der Grünen-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt.

Das von der Bundestagsfraktion beschlossene Papier sehen die Grünen als Leitfaden für den Fall einer Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl im September.

Ein Überblick über die wichtigsten Punkte des Papiers: Höherer CO₂ - Preis Ein "wirkungsvoller CO₂ - Preis" ist nach Überzeugung der Grünen "zentral für eine marktorientierte Energiepolitik". Der CO₂ - Preis, der seit Anfang 2021 für die Sektoren Wärme und Mobilität gilt und derzeit 25 Euro je Tonne CO₂ beträgt, soll nach den Plänen der Grünen schneller steigen als bislang vorgesehen. "Wir wollen die Erhöhung des CO₂ - Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen", bekräftigte Grünen-Politikerin Nestle. Bislang ist für 2023 ein CO₂ - Preis von 35 Euro vorgesehen.

Das Ziel der raschen Erhöhung des CO₂ - Preises gehört zu den zentralen Elementen der Energie- und Klimapolitik der Grünen. Sollten CDU und CSU Koalitionspartner der Grünen in der nächsten Bundesregierung werden, dürfte das für heftige Debatten sorgen.

Für den europäischen Emissionshandel, an dem die Sektoren Energie und Industrie teilnehmen, fordern die Grünen einen Mindestpreis. Er erhöhe die Investitionssicherheit und könne im Zweifel auch national eingeführt werden.

Mehr Wasserstoff Die Grünen machen sich für den schnellen Aufbau großer Kapazitäten von Elektrolyseuren für die Wasserstoffherstellung stark. "Wir brauchen mindestens zehn Gigawatt Elektrolyseure bis 2030", schreiben sie. Damit erhöhen sie das Zielniveau um den Faktor zwei: In der Wasserstoffstrategie der Bundesregierung wird für 2030 ein Wert von lediglich fünf Gigawatt angestrebt.

Um ihr Ziel zu erreichen, fordern die Grünen eine generelle Streichung der Netzentgelte für Elektrolyseure ab einer bestimmten Größe, wenn diese durch ihren Strombezug keinen Netzengpass verstärken oder verursachen.

Die Strombezugskosten sind die entscheidenden Kosten bei diesen Anlagen, die Wasser in seine chemischen Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zerlegen. Eine Entlastung des Strompreises, etwa bei den Netzentgelten, gilt daher als wichtiger Impuls, um Investitionen anzureizen.

Mehr erneuerbare Energie Quer durch das Papier zieht sich das Ziel, die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen deutlich auszubauen. Auf der Finanzierungsseite setzen die Grünen auf Differenzverträge. Dabei bekommen Stromproduzenten einen bestimmten Strompreis langfristig garantiert. Wenn der am Markt erzielbare Strompreis niedriger ist als der Garantipreis, erhält der Betreiber Geld vom Staat. Ist der Marktpreis höher, muss er den Mehrerlös an den Staat abgeben.

Auch für Stromverbraucher soll sich Grundlegendes ändern: Die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) "wird bei Kunden mit intelligenten Stromzählern nicht mehr starr berechnet, sondern dann reduziert, wenn Wind und Sonne viel Strom liefern", schreiben die Grünen. Damit soll der Anreiz steigen, auf Erzeugungsspitzen zuzugreifen.

Zugleich wollen die Grünen die Ausbauziele erhöhen. Photovoltaikanlagen sollen auf den Dächern von Neubauten verpflichtend werden, perspektivisch auch bei jeder Dachsanierung.

Gesicherte Leistung Im Grünen-Papier heißt es, das "Chaos an Regelungen" zum Erhalt der gesicherten Leistung müsse durch ein "stringentes, übersichtlicheres und damit kostengünstigeres Konzept" ersetzt werden, "das unsere Versorgungssicherheit durchgängig gewährleistet".

Der Hintergrund: **Erneuerbare Energien** liefern zwar einen seit Jahren wachsenden Teil des in Deutschland verbrauchten Stroms. Mittlerweile liegt ihr Anteil über 50 Prozent. Da die Sonne jedoch nicht immer scheint und der Wind nicht immer weht, springen immer wieder Gas-, Kohle- oder Kernkraftwerke ein. Diese Kraftwerke stellen die sogenannte "gesicherte Leistung" dar. Sie sind zum größten Teil am Strommarkt aktiv, ein nicht unerheblicher Teil ist jedoch in verschiedenen gesetzlich geregelten Reserven geparkt.

Nach den Vorstellungen der Grünen soll die gesicherte Leistung künftig insbesondere durch Wasserkraftwerke, flexibel eingesetzte Biogasanlagen und durch mit erneuerbarem Gas (etwa Biogas, grüner Wasserstoff oder Biomethan) betriebene Back-up-Kraftwerke sichergestellt werden.

Die Back-up-Kraftwerke übernehmen dabei die Funktion der letzten Reserve: Sie stehen den Plänen der Grünen zufolge "für die seltenen, aber existierenden Tage der Dunkelflaute" zur Verfügung. Von einer Dunkelflaute ist die Rede, wenn Windräder und Photovoltaikanlagen über mehrere Tage oder gar ein oder zwei Wochen keinen nennenswerten Beitrag zur Stromerzeugung leisten können.

Die Kalkulation der Grünen fußt auf der Annahme, dass sich in Phasen des maximalen Stromverbrauchs im Fall einer Dunkelflaute die sogenannte Spitzenlast mit 60 GW abdecken lässt. Tatsächlich liegt die Spitzenlast in Deutschland immer wieder höher und erreicht Werte, die die Marke von 80 GW überschreiten.

Die Grünen kalkulieren damit, dass ein Teil der Last durch Strom aus dem Ausland abgedeckt wird. Allerdings dürfte auch der Rückgriff auf Erzeugungskapazitäten im Ausland an Grenzen stoßen. Die Grünen setzen daher zusätzlich darauf, dass große Verbraucher aus der Industrie ihren Verbrauch anpassen.

Mehr Flexibilität Große Stromverbraucher aus der Industrie sollen den Betrieb ihrer Anlagen nach den Vorstellungen der Grünen stärker an der volatilen Erzeugung von Windrädern und Photovoltaikanlagen orientieren. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die bestehende Regulierung geändert werden.

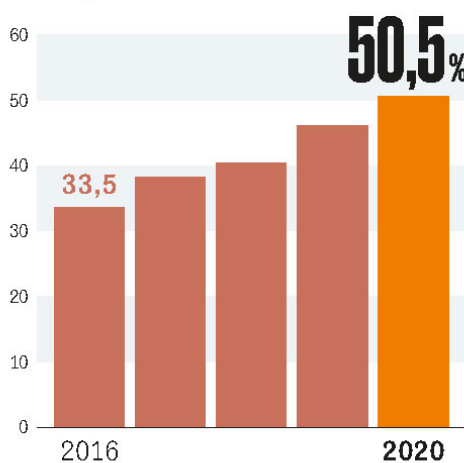
Erleichterungen bei den Entgelten und Umlagen sollen Unternehmen künftig "nicht für völlig nutzloses Verhalten wie gleichmäßige Stromentnahme bei schwankendem Angebot" erhalten, schreiben die Grünen. Sie nennen ein Beispiel: "Für Aluwerke ist es lohnender, sich nicht flexibel nach der Verfügbarkeit von Erneuerbaren zu richten, da sie sonst deutlich mehr Netzentgelte bezahlen müssen." Diese Art der Förderung sei widersinnig, schreiben die Grünen.

Der Plan dürfte in der Industrie auf ein geteiltes Echo stoßen. Tatsächlich haben einige Unternehmen ihre Anlagen mit erheblichem Aufwand so umgerüstet, dass sie die Produktion wesentlich flexibler als bislang gestalten können; diese Flexibilität wird aber nicht honoriert. Andere Unternehmen warnen, die flexible Fahrweise von Produktionsanlagen gehe zulasten der Effizienz.

Stratmann, Klaus

Strom wird grün in Deutschland

Anteil Erneuerbarer Energien am erzeugten Nettostrom in Prozent*



*Stromerzeug. von Kraftwerken zur öffentl. Stromversorg.
HANDELSBLATT Quelle: Fraunhofer ISE


Handelsblatt Nr. 079 vom 26.04.2021
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 079 vom 26.04.2021 Seite 008
Ressort:	Politik
Branche:	ENE-01 Alternative Energie B ENE-16 Strom B
Börsensegment:	org
Dokumentnummer:	4F889B87-D8F1-4D3C-AD40-233306F99970

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_4F889B87-D8F1-4D3C-AD40-233306F99970%7CHBPM_4F889B87-D8F1-4D3C-AD40-233306F99970

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH